

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)
9 1520-15

Inhalt

Den rüden Umgang der Bundesregierung mit den Ostdeutschen kritisiert **Peter Conradi MdB**.

Seite 1

Ein Jahr der Minusrekorde sieht **Josef Vosen MdB** in der Bilanz des Bundesforschungsministers dokumentiert.

Seite 2

Das Verpackungsproblem nicht länger über den Müll-Export zu "lösen" verlangt **Marlon Caspers-Merk MdB**.

Seite 3

Auf die juristischen Probleme bei "ärztlichen Kunstfehlern" und falscher Arzneimittelverordnung macht **Lilo Blunck MdB** aufmerksam.

Seite 4

Dokumentation

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Familie stellte **Michael Habermann MdB** bei einem Hearing fest: "Von Kindern profitiert, wer keine hat!"

Seite 5

49. Jahrgang 93/

17. Mai 1994

Tabula Rasa

Rücksicht - ein Fremdwort im Umgang mit den Ostdeutschen

Von Peter Conradi MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in der Baukommission des Deutschen Bundestages

Stellvertretender Sachpreisrichter im Preisgericht für den Städtebaulichen Ideenwettbewerb Spreeinsel

Für den Städtebaulichen Ideenwettbewerb Spreeinsel in Berlin hatten Bundesregierung und Senat im Gemeinsamen Ausschuß festgelegt, der Palast der Republik solle abgerissen werden. Mit keinem Wort erwähnten die Auslober des Wettbewerbs, daß darüber nicht die Exekutive, sondern der Deutsche Bundestag entscheiden wird. Die Staatsausgaben - und damit auch ein Projekt wie der Abriss des Palasts der Republik - werden vom Parlament beschlossen, nicht von der Regierung! Inzwischen hat der Haushaltsausschuß des Bundestages die Mittel für die Planung des Abbruchs gesperrt. Doch trotzig behaupten Bundesregierung und Senat, an der "Beschlüßlage" habe sich nichts geändert.

Unmißverständlich haben die Auslober damit allen klargemacht, daß sie den Palast abreißen wollen. Es habe keine überzeugenden Lösungen für den Erhalt des Palast gegeben, behaupteten die Vertreter der Auslober im Preisgericht. Eine unredliche Behauptung, hatten sie selbst doch alles getan, solche Vorschläge im Keim zu ersticken.

Erstaunlich, daß sich dennoch einige Teilnehmer trauten, Lösungen vorzuschlagen, bei denen der Palast erhalten oder umgebaut werden sollte. Das Preisgericht hat diese Vorschläge unter "ferner liefen" eingestuft. Kein Wunder, unter 19 Preisrichtern waren ganze zwei aus Ostdeutschland. Da hatte der Anspruch der ostdeutschen Brüder und Schwestern, auch ihre gebaute Geschichte verdiene Rücksicht, keine Chance.

Einmal am Abreißen, hat das Preisgericht dann auch gleich den Abriss des ehemaligen Staatsratsgebäudes gutgeheißen und vor allem die Wettbewerbsentwürfe ausgezeichnet, die neben dem Palast der Republik auch das ehemalige Staatsratsgebäude plattmachen. Rücksicht - ein Fremdwort im Umgang mit den Ostdeutschen und ihre Geschichte. Bundesregierung und Senat können mit ihrem Preisgericht zufrieden sein.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veröffentlicht unter
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Die Diskussion über die bauliche Gestalt der Berliner Mitte wird weitergehen, zumal die preisgekrönten Arbeiten dieses Wettbewerbs nicht eben überzeugend sind. Was den Palast der Republik und das Gebäude des ehemaligen Staatsrats anbetrifft, wird sorgfältig abzuwägen sein. Die Asbestverseuchung wird als Argument ebenso wenig ausreichen wie die städtebauliche und architektonische Qualität des Palasts. Ginge es allein danach, müßten wir viele Gebäude im Westen abreißen! Hier geht es am Ende um eine kulturpolitische Entscheidung, um den Umgang mit deutscher Geschichte.

Der Städtebauliche Wettbewerb für die Spreeinsel ist eine Station auf dem langen Weg zu einer neuen baulichen Gestalt der Berliner Mitte. Man sollte sein Ergebnis nicht überbewerten. Der 13. Deutsche Bundestag wird sich des Problems annehmen. Er muß nach breiter öffentlicher Diskussion und unter Würdigung des Wettbewerbsergebnisses entscheiden, was aus dem Palast der Republik und dem ehemaligen Staatsratsgebäude wird.

(-/17. Mai 1994/rs/fr)

Ein Jahr der Minus-Rekorde

Der Bundesforschungsminister hat seine Bilanz vorgelegt

Von Josef Vosen MdB

Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Rückblick des Bundesforschungsministers auf das abgelaufene Jahr seines Wirkens zeigt durchgängig Minus-Rekorde. Die Forschungslandschaft Deutschland hält das nicht mehr länger aus.

- Der Anteil des Forschungshaushalts am Bundeshaushalt ist von 2,7 Prozent Mitte der 80er Jahre auf jetzt 1,92 Prozent gesunken.
- Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Deutschland gemessen am Bruttosozialprodukt ist auf unter 2,5 Prozent gefallen. Zum Vergleich Japan mehr als drei Prozent, USA circa 2,8 Prozent. In den 80er Jahren lagen die drei Länder gleichauf.
- Von den circa 25.000 Personen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR sind knapp 11.000 übriggeblieben.
- Von den rund 86.000 Personen der ehemaligen DDR - Industrieforschung sind circa 10.000 übriggeblieben. Die AB-Maßnahmen, das Hochschulemerungsprogramm und das Wissenschaftler-Integrationsprogramm blieben lediglich Überschriften.
- Der Forschungsetat 1994 wurde entgegen ersten Ankündigungen des Finanzministers nicht von weiteren Sparmaßnahmen verschont, sondern überdurchschnittlich um 250 Millionen DM gekürzt und dies gegen den Protest der CDU/CSU und FDP im Forschungsausschuß.
- Viele Großforschungseinrichtungen können ihre normalen Verpflichtungen nicht mehr decken.
- Der Haushaltsentwurf 1995 bleibt auf dem bestehenden niedrigen Niveau.

Diese Art der Forschungspolitik ruiniert langsam, aber sicher den Standort Deutschland, obwohl die Bundesregierung - und selbst der Bundespräsident - bei allen möglichen Gelegenheiten verkündet, wie wichtig die Forschung für Deutschland ist. Es ist unglaublich.

(-/17. Mai 1994/rs/fr)

Das Verpackungsproblem darf nicht länger per Müll-Export "gelöst" werden
Die SPD besteht auf einer ökologischen Umorientierung

Von Marion Caspers-Merk MdB
Stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

In der nächsten Sitzung des Unterausschusses will Bundesumweltminister Töpfer zum "Stand der Novellierung der Verpackungsverordnung" berichten; etwas Neues wird er wohl nicht zu sagen haben. Nach wie vor ist der Lösungsansatz des Umweltministeriums: Fristen verlängern, Recyclingquoten senken und bei der Verwertung den Gang zum Ofen erlauben. Die Vermeidung von Verpackungsabfällen bleibt dabei auf der Strecke.

Trotzdem jetzt das Thema anzupacken, scheint aus Sicht der Bundesregierung schlau, hat doch das Europäische Parlament in der letzten Woche dem Entwurf für eine Europäische Verpackungsrichtlinie zugestimmt, die in vielen Bereichen weit hinter dem geltenden Recht in Deutschland bleibt. Insbesondere die Vorschriften über die zu erreichenden Verwertungsquoten sind noch schwächer als das, was wir haben. Zu minimal 25 Prozent und maximal 50 Prozent soll nach der europäischen Vorschrift Verpackungsmaterial wieder verwertet werden. Daß aber Minister Töpfer trotzdem nicht die angestrebten Verschlechterungen der deutschen Verpackungsverordnung mit der europäischen Richtlinie begründen kann, liegt daran, daß nach der Verpackungsrichtlinie national höhere Verwertungsquoten vorgeschrieben werden können, wenn auch die Verwertung national garantiert werden kann.

In diesem Zusammenhang muß man geradezu von der Lex Töpfer sprechen. Bislang hatte sich der Umweltminister nämlich stets damit gerühmt, welche wegweisende Gesetzgebung Deutschland im Verpackungsbereich hätte und welche grandiose Erfolge man damit feiere. Verschwiegen hat er aber genauso oft, daß die "erfolgreiche" deutsche Verwertung zu einem großen Teil aus Müllexport bestand. Genau dem wollten die europäischen Umweltminister einen Riegel vorschieben und darin ist ihnen das Europäische Parlament gefolgt.

Wichtige Aufgabe muß es also angesichts der europäischen Beschlüsse sein, schnellstmöglich mehr Verwertungskapazitäten in Deutschland aufzubauen. Glücklicherweise signalisiert das Duale System Deutschlands (DSD) in dieser wichtigen Frage Verständnis. Der neue Vorsitzende des Kuratoriums, Jürgen Walter, sieht das DSD hier in die Pflicht genommen. Selbstkritisch mahnt er für das DSD auch mehr Kostentransparenz an.

Europa hindert die Bundesregierung nicht, vernünftige Regelungen im Rahmen der Verpackungsverordnung zu treffen. Und in wichtigen Bereichen kommen positive Signale vom DSD. Die SPD sieht sich angesichts dieser Entwicklung bestätigt und bleibt deshalb bei ihren Forderungen zur ökologischen Umorientierung bei Verpackungen:

1. Das Vermeidungsgebot muß in der Verpackungsverordnung endlich konkretisiert werden! Mehrwegsysteme sind zu fördern und Einwegverpackungen einzuschränken, Verpackungen sind zu standardisieren.
2. Der Handel ist zu verpflichten, Mehrwegsysteme zu führen.
3. Die Verpackungsmaterialien sind so zu kennzeichnen, daß der Verbraucher den Verwertungs- oder Entsorgungsweg erkennen kann, das heißt zu kennzeichnen ist Mehrweg, stofflich verwertbar, nicht verwertbar.
4. Ökologisch problematische Stoffe und Verpackungsarten sind zu verbieten. Auf nichtverwertbare Materialien ist eine Aufgabe zu erheben.
5. Pfandsysteme und die Rücknahmepflicht des Handels für Getränkeverpackungen sind einzuführen.
6. Die Kosten für Verwertung und Entsorgung sind zu kennzeichnen, um die Kosten transparent zu machen.

7. Die Monopolstellung von DSD ist aufzuheben. Intelligente und umweltverträgliche Lösungsmöglichkeiten bei der Verwertung und Entsorgung können nur über den Wettbewerb am Markt entstehen.

(-/17. Mai 1994/rs/fr)

Patienten ohne Rechte?

Krankheiten können zum gefährlichen Abenteuer werden

Von Lilo Blunck MdB

Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Genaugenommen dürfen sich nur noch schwerreiche Volljuristen mit abgeschlossenem Chemiestudium den Luxus einer ernsthaften Krankheit erlauben. Denn wenn bei der Therapie etwas schief geht, stehen "normale" Patienten und Patientinnen meist im juristischen Regen. Wie sollen sie zum Beispiel den Beweis führen, daß der Gesundheitsschaden auf Fehler in der Behandlung oder auf die Einnahme ungeeigneter Medikamente zurückzuführen ist?

Die Brisanz dieses Thema belegen folgende Zahlen: Rund 30.000 Streitfälle zwischen Ärzten und Patienten werden jährlich ausgefochten, 6.000 davon werden vor Gericht entschieden. Eine Stellungnahme zur anstehenden Novelle des Arzneimittelgesetzes spricht von 120.000 schweren, potentiell lebensbedrohlichen Erkrankungen durch Arzneimittel und von etwa 8.800 arzneimittelbedingten Todesfällen. Es muß also dringend gehandelt werden.

Der Hauptgrund für diese nicht mehr hinzunehmende Situation liegt darin, daß die Geschädigten den Beweis erbringen müssen, falsch behandelt worden zu sein. Angesichts der modernen, hochtechnisierten Medizin ein fast aussichtsloses Unterfangen. Von "Waffengleichheit" kann keine Rede sein.

Dazu kommt, daß sich der Weg durch die Instanzen - von der Beweisführung über Einforderung eines angemessenen Schmerzensgeldes bis hin zum strafrechtlichen Verfahren - oft über Jahre hinzieht und Unsummen von Geld verschlingt. Wer von uns kann das schon durchstehen?

Über folgende Lösungsmöglichkeiten muß daher dringend nachgedacht werden:

- Der Zugang zum Recht muß vereinfacht werden, zum Beispiel durch eine Beweislastumkehr und/oder eine Gefährdungshaftung für Ärzte und andere Gesundheitsberufe und für Pharmaunternehmen.
- Einrichtung von Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften.
- Über die Gefährdungshaftung oder einen Haftungsfonds ist sicherzustellen, daß Rehabilitationsmaßnahmen frühzeitig genug, also auch während des laufenden Verfahrens, eingeleitet werden können, damit der gesundheitliche Schaden nicht immer größer wird.
- Gerichtliche und außergerichtliche Verfahren müssen schnell in Gang gesetzt werden, die Dauer sollte zeitlich beschränkt werden, insbesondere durch Fristsetzungen für die medizinischen Gutachten.
- Medizinische Gutachter müssen von Verbraucherorganisationen anerkannt sein.
- Ausweitung und Wahrnehmung kollektiver Klagebefugnisse seitens der Verbraucherorganisationen mit der Geltendmachung kollektiver Schadensersatzforderungen. Aus verbraucherpolitischer Sicht ist ein Gleichgewicht zwischen Anbieter- und Verbraucherseite zu schaffen.
- Aus Vorsorgegründen sind rechtliche Grundlagen zu schaffen, damit Warnung und Rückruf beim Auftreten von Verdachtsmomenten sofort erfolgen kann.

- Die Fortbildungspflicht der Ärzte muß neu geregelt werden, zum Beispiel durch die Pflicht zur jährlichen Fortbildung und durch die staatliche Zulassung der Träger der Fortbildungsveranstaltungen.
- Anzustreben ist der Aufbau eines Monitoring-Systems für Nebenwirkungen von Arzneimitteln, insbesondere bei Medikamenteninteraktionen, zum Beispiel bei den Krankenversicherungsträgern.

(-/17. Mai 1994/rs/fr)

DOKUMENTATION

Michael Habermann: Von Kindern profitiert, wer keine hat!

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Familie sprach anlässlich des ersten internationalen Tages der Familie am 15. Mai Michael Habermann, Mitglied in den Bundestags-Ausschüssen Familie und Senioren sowie Finanzen. Wir dokumentieren einen Auszug aus seinen Ausführungen.

Von Kindern profitiert, wer keine hat. Denn Kinderkosten sind privatisiert und Kindernutzen wird sozialisiert! Dies ist das Ergebnis der Politik der Vergangenheit.

Familien zahlen derzeit ihre eigenen Ausgleichsleistungen. Die Steuerlast, die auf dem Kindesunterhalt ruht, wird noch nicht einmal durch das Erst-Kinder-Geld zurückgegeben.

Familien werden nicht unserer Verfassung entsprechend behandelt. Während die Altersabsicherung für unsere Rentner tabu bleibt, müssen Familien mit Kindern weitere Einschränkungen ihres Lastenausgleichs in den öffentlichen Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden akzeptieren. Auch in diesem Jahr mußten Sparopfer von Familien erbracht werden.

Was Familien brauchen, ist:

- Steuergerechtigkeit, die mindestens die Unterhaltsleistungen für das Existenzminimum eines Kindes steuerfrei stellen. Dieses Existenzminimum beträgt monatlich derzeit knapp über 600,- DM, also 7.200,- DM im Jahr.
- Marktgerechtigkeit, die einen Teil der Einkommensausfälle, die durch den Verzicht auf Erwerbsarbeit wegen Kindererziehung das Familienbudget schmälern, ersetzt.
- Ein Ende der Benachteiligungen in den sozialen Sicherungssystemen von der Rente bis zur Pflege. Wer mit Kindern lebt, sollte später nicht von einer Rente leben müssen, die noch nicht einmal Sozialhilfeniveau erreicht.

Was Familien brauchen, sind aber auch

- Chancen, das Familieneinkommen selbst aufzubessern, und dafür auf ein ausreichendes, qualifiziertes Tagesbetreuungsangebot zurückgreifen zu können, deren Inanspruchnahme finanzierbar bleiben muß;
- eine Organisation der finanziellen Leistungen, die ohne viel Bürokratie und einer unübersehbaren Zahl von Ämtern und Behörden auskommt;
- soziale Leistungen, die verlässlich und wirksam sind:
 - * verlässlich, weil sie nicht bei der nächsten Notlage der öffentlichen Haushalte (die scheinbar immer besteht!) zur Disposition gestellt werden;
 - * wirksam, weil sie eine Höhe haben, die das Familienbudget gemessen an den Aufwendungen für ein Kind ausgleichen helfen;
 - * wirksam aber auch, weil sie regelmäßig der Preisentwicklung angepaßt werden.
- Leistungen, bei denen die Familien die Gewißheit haben, daß sie diese nicht alleine durch ihre Steuern und Abgaben aufgebracht haben. (Ende des In-sich-Transfers).

Die Politik ist deshalb gefordert:

1. Keine weiteren Kürzungen von Leistungen für Familien vorzunehmen.
2. Keine weiteren Belastungen mit Steuern und Abgaben, die ohne Ansehen der Unterhaltspflicht für Kinder alle Steuerbürger und Steuerbürgerinnen gleich treffen, zuzulassen.
3. Einen Kinderlastenausgleich und einen Familienleistungsausgleich zu organisieren, die die materiellen und strukturellen Benachteiligungen von Familien und Kindern aufheben.

Was unsere Gesellschaft (dazu zählen auch die Parteien) braucht, ist

- eine größere soziale Kompetenz, um die soziale Lage von Familien nicht nur wahrzunehmen, sondern auch gesellschaftliche Zusammenhänge von Ursachen und Wirkungen zu erkennen und zu verstehen;
- eine umfassende und faire Bestandsaufnahme der Lebenssituation von Familien; den Lasten, die sie zu tragen haben und den nicht honorierten Leistungen, die sie erbringen.

Mit den materiellen Benachteiligungen von Familien sind auch die strukturellen Benachteiligungen gewachsen. Mit der Zunahme der Gruppe von Menschen die ohne Kinder leben wollen, ist auch das Wohlstandsgefälle zwischen Kinderlosen und Familien mit Kindern größer geworden. Der Zeitgeist, wie Mann und Frau in dieser Gesellschaft zu leben haben, orientiert sich an dem Lebensstil der Kinderlosen.

Wir brauchen deshalb, um die materiellen und strukturellen Benachteiligungen abzubauen, eine familienpolitische Strukturreform unserer Gesellschaft. Wesentliche Elemente dieser sind:

1. Die Beteiligung von Kinderlosen an den Kosten der Kinder. Diese Kinder beteiligen sich später auch an den Aufwendungen für die Kinderlosen.
2. Das Aufbringen der Mittel für den Kinderlastenausgleich muß klar und nachvollziehbar geregelt werden. Jeder Rentner und jede Rentnerin weiß, wie ihre Rente finanziert wird.
3. Die Leistungen für Kinder müssen übersichtlicher werden und einfacher zu handhaben sein. Ein Betrag ist besser als viele kleine Zuwendungen. Nur noch eine Stelle sollte für den Kinderlastenausgleich und den Familienleistungsausgleich zuständig sein.
4. Die Leistungen müssen ein größeres Maß an Verlässlichkeit bekommen. Das gilt auch für die Zusagen der Politiker gegenüber Familien! Wer sich für Kinder entscheidet, benötigt über eine sehr lange Perspektive verlässliche, kalkulierbare Rahmenbedingungen und verlässliche politische Partner.
5. In einem ersten Schritt müssen wir mit den strukturellen Veränderungen einen großen Teil der bestehenden Benachteiligungen beseitigen. D.h.: Einen Kinderlastenausgleich organisieren, der mindestens das Existenzminimum durch einen einheitlichen Betrag steuerfrei stellt und ein Erziehungsgeld schaffen, das die Erziehungsleistung - wenn auch zunächst für einen begrenzten Zeitraum - unter dem Aspekt des Ausfalls des Erwerbseinkommens honoriert.
6. Der Umbau unserer Sozialversicherungssysteme, um die dort bestehenden Benachteiligungen von Familien mit Kindern abzubauen. (-/17, Mai 1994/rs/fr)

BERICHTIGUNG

Im Beitrag "Treffen und Getroffensein" von Margitta Terborg MdB (Ausgabe vom 16. Mai) ist uns ein bedauerlicher Druckfehler unterlaufen. Der vorletzte Absatz muß heißen:

"Wie soll ein Magdeburger Normalbürger sensibler reagieren als ein Oberlandesgericht, das ein widerliches Schmähdgedicht gegen Asylsuchende nicht strafwürdig fand oder als jener CDU-Politiker, der die Ausschreitungen gegen die Afrikaner mit dem Hinweis zu rechtfertigen versucht, Asylsuchende seien schon deshalb Aggressionsobjekt, weil sie sich überproportional des Ladendiebstahls schuldig machten."

Wir bitten die Autorin und unsere Leser um Entschuldigung